

Brüssel, den 1. Dezember 2012

TOP 23.1

Leitantrag des Präsidiums

„Für ein demokratisches und soziales Europa“

Als europäischer Gewerkschaftsdachverband ist sich die Europäische Union Unabhängiger Gewerkschaften ihrer Verantwortung für die europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bewusst.

Die CESI ist ein wichtiger Akteur in der Diskussion über Europas Zukunft und bringt sich in die Diskussionen über die Entwicklungen in der Gesellschaft aktiv ein. Die CESI steht zusammen mit ihren Mitgliedsgewerkschaften für große gewerkschaftliche Expertise und Sachverstand. Die CESI gibt Antworten auf essentielle europäische Fragen.

Ganz Europa und die Europäische Union im Speziellen stehen vor großen Herausforderungen. Die Finanzkrise und ihre Folgen sind noch nicht überwunden, der demographische Wandel wird die europäischen Gesellschaften stark verändern. Die Diskussion über Privat oder Staat bekommt angesichts einer Bürgerschaft, die viel mehr auf Mitbestimmung drängt als noch vor wenigen Jahren, eine völlige neue Dimension, und die Frage nach Europas Zukunft wird umso wichtiger.

(1) Soziales Europa

- A. Das europäische Sozialmodell baut auf Verantwortung und Solidarität. Diese Balance ist auch ein Grundstein des europäischen Erfolgs. Die CESI setzt sich dafür ein, diese weltweit alles andere als selbstverständliche Errungenschaft zu schützen und weiterzuentwickeln.
- B. Der Dialog zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in allen Sektoren und auf allen Ebenen ist Grundpfeiler des europäischen Sozialmodells. Jeder Angriff auf diese Strukturen ist auch ein Angriff auf das europäische Selbstverständnis. Die CESI und ihre Mitgliedsgewerkschaften werden sich auch in Zukunft für den Erhalt und die Weiterentwicklung des sozialen Dialogs einsetzen.
- C. Die Grundfreiheiten des EU-Binnenmarkts dürfen nicht zu einer Einschränkung der sozialen Errungenschaften in den Mitgliedstaaten führen. Die soziale Dimension der europäischen Integration stand lange Jahre hinter der wirtschaftlichen Dimension zurück. Erst nach und nach wurde auch auf europäischer Ebene der soziale Aspekt den wirtschaftlichen Grundfreiheiten gleichgestellt.
- D. Der Europäische Gerichtshof hat in seiner jüngeren Rechtsprechung die Arbeitnehmerrechte gegenüber den Marktfreiheiten relativiert. Die CESI fordert die Europäische Kommission auf, dieser Entwicklung durch weitere Legislativvorschläge entgegenzuwirken.

Confédération Européenne des Syndicats Indépendants

European Confederation of Independent Trade Unions ★ Confederazione Europea dei Sindacati Indipendenti
Europäische Union unabhängiger Gewerkschaften ★ Confederación Europea de Sindicatos Independientes

Avenue de la Joyeuse Entrée 1-5, B-1040 Bruxelles ★ Tel. +32.(0)2.282.18.70 ★ Fax. +32.(0)2.282.18.71
www.cesi.org ★ info@cesi.org

- E. Die CESI fordert die EU-Institutionen auf, nicht in die nationale Kompetenz für die Sozialschutzsysteme einzugreifen. So muss etwa die Alterssicherung mit verschiedensten Ausprägungen in Europa Aufgabe der Mitgliedstaaten bleiben. Die Europäische Union kann hier in ihrer Zuständigkeit, etwa bei der Erleichterung der Portabilität von Rentenansprüchen, einen wichtigen Beitrag leisten. Die Organisation der Systeme bleibt aber in nationaler Zuständigkeit.
- F. Der Erfolg Europas der kommenden Jahrzehnte wird auch davon abhängen, ob junge Menschen in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Die CESI ist sehr besorgt über das Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit in vielen Ländern der Europäischen Union und fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre Bemühungen noch stärker auf diese Gruppe zu richten. Auch andere im Arbeitsmarkt unterrepräsentierte Gruppen, wie etwa ältere Arbeitnehmer (55+) und Frauen, müssen stärker gefördert werden.

(2) Finanz – und Schuldenkrise

- A. Die Ursache der Finanz- und Schuldenkrise in Europa liegt in einer unzureichenden Haushaltspolitik vieler Mitgliedsländer, aber auch in einem großen Marktversagen verschiedener Märkte, insbesondere des Bankensektors. Die CESI fordert die EU-Institutionen auf, sich für eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte einzusetzen und zugleich darauf hinzuwirken, dass die nationale Haushaltspolitik wesentlich nachhaltiger gestaltet wird.
- B. Die CESI setzt sich deshalb für die Einführung einer weltweiten Finanztransaktionssteuer ein. Sollte diese politisch nicht durchsetzbar sein, wäre die Einführung innerhalb der Europäischen Union oder auch vorerst in ausgewählten Ländern der Gemeinschaft ein erster Schritt. Eine Finanztransaktionssteuer würde einerseits die Verursacher der Krise mit in die finanzielle Pflicht nehmen und könnte die Risikobereitschaft der Finanzmarktakteure mäßigen. Die Einnahmen der Finanztransaktionssteuer sollten genutzt werden, um die Schulden der öffentlichen Haushalte abzubauen.
- C. Die CESI fordert außerdem eine stärkere Kontrolle von Ratingagenturen, deren Handeln großen wirtschaftlichen Einfluss hat, deren Grundlagen und Methoden aber kaum nachprüfbar sind. Die Einführung einer unabhängigen Ratingagentur auf europäischer Ebene muss weiter vorangebracht werden.
- D. Die hohe Staatsverschuldung vieler Mitgliedstaaten bedroht die staatliche Handlungsfähigkeit. Der Abbau dieser Schuldenlast ist unerlässlich. Allerdings ist dies nur durch eine Mischung aus Investitionen und Sparmaßnahmen zu erreichen. Eine reine Austeritätspolitik ohne Wachstumsmaßnahmen ist nicht möglich. Eine einheitliche Geldpolitik, die auch der Zielsetzung des Euro Rechnung trägt kann nur mit gemeinsamen fiskalpolitischen Leitlinien gehalten werden.
- E. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union müssen auf eine starke Finanzverwaltung hinwirken. So hat die personelle Unterversorgung von Finanzämtern dazu geführt, dass Staaten hohe Steuereinnahmen verloren gingen. Starke Verwaltungen sind wichtig für ausgeglichene Haushalte und funktionierende Gemeinwesen.
- F. Die CESI spricht sich dafür aus, Verwaltungsmodernisierungen voranzutreiben. Die Verwaltungen sollen durch eine entsprechende Personalausstattung, durch gezielte Schulung des Personals und durch den Einsatz moderner Kommunikations- und Verwaltungssysteme den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger wie der Wirtschaft besser gerecht werden.

(3) Privatisierungen

- A. Bis zum Ausbruch der weltweiten Wirtschaftskrise als Folge der Finanzmarktkrise herrschte in vielen Ländern Europas die Überzeugung in der Politik, Privat sei besser als Staat. Durch das massive Marktversagen, das spätestens 2008 offensichtlich wurde, änderte sich diese Auffassung. Dennoch sehen sich viele Staaten im Zuge ihrer Haushaltskonsolidierung gezwungen, staatliche Einrichtungen zu privatisieren. Dies hat massive Auswirkungen auf das Selbstverständnis des Staates sowie auf die Beschäftigten.
- B. Die EU-Mitgliedstaaten und ihre öffentlichen Verwaltungen sind Garanten für Frieden, Wohlstand und Demokratie. Sie sind Hüter der Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit und setzen - gemeinsam mit den europäischen Institutionen - die Rahmenbedingungen für Wachstum, Beschäftigung und Investitionen in der sozialen Wirtschaftsordnung Europas.
- C. Die CESI betrachtet die Privatisierungen der vergangenen Jahre als zu weitgehend. Das Gemeinwohl ist auf funktionierende öffentliche Dienstleistungen angewiesen. Dies betrifft die Kernbereiche innerer und äußerer Sicherheit, Justiz, soziale Dienste und kommunale Verwaltung. Die öffentliche Hand erfüllt zudem die Aufgabe, privatwirtschaftliches Engagement zu unterstützen und zu fördern. Ein effizientes Netz öffentlicher Dienstleistungen fördert die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Wirtschaft und Industrie.
- D. Die Mitgliedstaaten werden daher von der CESI aufgefordert, bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nicht auf die Instrumente der Stellenkürzung und Privatisierung im öffentlichen Dienst zurückzugreifen. Vor allem in Ländern, deren wirtschaftliche Situation bereits kritisch ist, kann ein solcher Ausverkauf öffentlicher Dienste zu dramatischen Verschlechterungen des Angebots an Bürgerinnen und Bürger führen.
- E. Der Staat trägt jederzeit die Verantwortung für die Erbringung von öffentlichen Dienstleistungen, auch wenn er diese nicht selber ausführt. Die CESI setzt sich für die Rückführung von privatisierten Bereichen in staatliche Hand oder die Beendigung der Delegation ein, wenn die erbrachte Dienstleistung nicht den staatlichen Ansprüchen entspricht.
- F. Dienstleistungen von Allgemeinem Interesse (DAI) bilden den Kern derjenigen öffentlichen Dienstleistungen, die für den Markt geöffnet sind. Die CESI fordert die EU-Institutionen, insbesondere die Europäische Kommission auf, in einer Rahmenrichtlinie bestehende Rechtsunsicherheiten auszuräumen. Dabei muss der Ermessensspielraum der Behörden vor Ort geachtet werden. Eine entsprechende Richtlinie sollte den Raum für die öffentliche Verwaltung lassen, selbst für hochwertige Dienstleistungen zu sorgen. Die CESI lädt die europäischen Institutionen zu gemeinsamen Initiativen zu den DAI ein.
- G. Die CESI fordert die EU-Institutionen auf, im Rahmen ihrer Kompetenzen die kommunale Ebene weiter in ihrem Bestreben zu stärken, die örtlichen Lebensverhältnisse durch qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen zu verbessern. Die CESI begrüßt allgemeinwohlorientierte Rekommunalisierungen.

(4) Demographischer Wandel

- A. Europa befindet sich in einem grundlegenden Umbruch. Immer mehr ältere Menschen stehen immer weniger jungen Menschen gegenüber. Dies führt zu großen Umwälzungen in der Arbeitswelt und bedeutet eine erhebliche Belastung für die Sozial- und Rentensysteme der europäischen Staaten.
- B. Die CESI unterstützt ihre Mitgliedsgewerkschaften in ihren Bemühungen, sich für Reformen der sozialen Sicherungssysteme einzusetzen, die dem demographischen Wandel gerecht werden. Dabei sollen die Bedürfnisse aller Altersgruppen gleichermaßen abgewogen und beachtet werden. Reformen, die nicht den Rückhalt der Gesellschaft haben und in unangemessener Härte vorgenommen werden, sind zum Scheitern verurteilt. Die CESI fordert von den EU-Institutionen, die Hoheit der Mitgliedstaaten über die Gestaltung sozialer ihrer Sicherungssysteme zu achten.

- C. Die Sozialsysteme, vor allem die Kranken- und Pflegeversicherungen, werden durch die Alterung der Gesellschaft auf die Probe gestellt. Dabei sollten aber nicht nur die finanziellen Risiken, sondern auch die Chancen dieser Entwicklung gesehen werden. Für Pflege und Gesundheitsvorsorge werden aufgrund der steigenden Lebenserwartung in den kommenden Jahren und Jahrzehnten deutlich mehr Arbeitskräfte benötigt als bislang. Die CESI und ihre Mitgliedsgewerkschaften sehen es als ihre Aufgabe, diese Entwicklung entsprechend zu begleiten und so Qualitätsstandards für Beschäftigte in diesen Sektoren zu setzen und weiterzuentwickeln.
- D. Die Arbeitswelt befindet sich im stetigen Wandel. Nicht nur die Grundvoraussetzungen der Erwerbstätigkeit haben sich verändert, auch die Arbeitnehmerschaft hat sich grundlegend gewandelt. Immer mehr ältere Menschen gehen immer länger einer Beschäftigung nach. Die Bedürfnisse dieser Arbeitnehmergruppen dürfen nicht ignoriert werden. Die CESI fordert die EU-Institutionen auf, bei ihren Bemühungen um den Arbeitsschutz den Bedürfnissen älterer Menschen stärker gerecht zu werden.
- E. Der Wandel der Arbeitswelt hat zu einem härteren Arbeitsumfeld für junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geführt. Normalarbeitsverhältnisse finden sich in dieser Altersgruppe immer seltener. Befristete Verträge und geringe Bezahlung sind in einigen Ländern von der Ausnahme zur Regel geworden. Die CESI fordert die Mitgliedstaaten und die EU-Institutionen auf, in ihren Bemühungen zur Stärkung des Arbeitsmarktes mehr auf die Bedürfnisse der heranwachsenden Arbeitnehmergeneration zu achten und ihnen die Möglichkeit für einen stabilen Start in das Berufsleben zu geben, der die Sicherheit für eine stabile Lebensplanung und die Gründung einer Familie gibt.
- F. Die Polarisierung der Arbeitswelt hat zu einer Konkurrenzsituation zwischen jungen und alten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geführt. Diese haben häufig das Gefühl, gegeneinander ausgespielt zu werden. Die CESI fordert die Mitgliedstaaten und die EU-Institutionen dazu auf, in den politischen Diskussionen mehr auf Ausgleich zu setzen. Der demographische Wandel kann nur in einem Miteinander der Generationen gestaltet werden und nicht in einem Gegeneinander. In der Arbeitswelt müssen alle Altersgruppen mit ihren Leistungen und Ansprüchen gewürdigt werden, Neuerung und Erfahrung sollten sich ergänzen, nicht widersprechen.

(5) Europa im 21. Jahrhundert

- A. Die CESI fühlt sich einem demokratischen und sozialen Europa verpflichtet. Die Europäische Integration ist seit den Anfängen ein Garant für Frieden zwischen den Mitgliedstaaten. Diese historische Leistung kann nicht hoch genug geschätzt werden. Sie soll auch als Grundlage und Motivation für weitere Integrationsschritte dienen. Europa kann nur in Einigkeit bestehen.
- B. Die CESI sieht die Zukunft der Europäischen Union in einer weiteren vertieften Einigung. Wichtige Schritte wie eine stärkere Koordinierung der Haushalte sind in der Krise bereits beschlossen worden. Die CESI hält eine europäische Bankenaufsicht und als langfristiges Ziel eine Fiskalunion für unverzichtbar. Die CESI anerkennt, dass eine weitere Vertiefung auch weitere Kompetenztransfers von der nationalen auf die europäische Ebene mit sich bringt.
- C. Europäische Beschäftigungs- und Sozialpolitik setzt Solidarität voraus, und Solidarität wiederum muss die Verteidigung gemeinsamer Werte beinhalten.
- D. Europa ist in einem dauerhaften Prozess des Werdens und des Wandels. Europa wird sich dabei auch künftig auf die Grundwerte Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit stützen. Jede Ebene soll den Beitrag leisten, zu dem sie am Besten in der Lage ist.
- E. Die CESI setzt sich für eine weitere Demokratisierung der europäischen Strukturen ein. Das Europäische Parlament, das durch den Vertrag von Lissabon bereits einen starken Kompetenzzuwachs zu verzeichnen hatte, muss durch ein eigenes Initiativrecht zu einem vollwertigen Parlament werden. Als einziges direkt gewähltes Organ in den EU-Institutionen ist es umso wichtiger, dass das Parlament von sich aus seine Stimme in allen Fragen erheben kann.

- F. Mehr Demokratie auf europäischer Ebene muss dabei an die Seite der nationalen Demokratien treten. Die nationalen Parlamente und das europäische Parlament müssen künftig stärker als bisher im europäischen Mehrebenensystem zusammenwirken.
- G. Die Demokratisierung sollte in allen Institutionen der Europäischen Union wirksam werden. Die CESI setzt sich für eine Europäische Union ein, in der die Entscheidungen transparent und im Interesse der Bürgerinnen und Bürger gefällt werden. Dabei soll keine Kopie nationaler Entscheidungsprozesse angestrebt werden, sondern eine originäre europäische Struktur.